

läuft die Schamfrist ab. Dann machen die Franzosen Ernst – der niedrigen Lohnkosten wegen wollen sie mehr und mehr ihrer Produktion nach Asien verlegen. Vor allem Singapur, wo die Franzosen unter anderem ihre tragbaren TV-Geräte herstellen, soll sich dabei zum neuen Mittelpunkt im Thomson-Reich entwickeln. Sie gehen damit den entgegengesetzten Weg wie die Japaner, die immer mehr Fabriken in Europa einrichten.

Nur mit den niedrigen Produktionskosten in den fernöstlichen Schwellenländern glauben die Franzosen gegen die harte Konkurrenz in der Unterhaltungselektronik bestehen zu können. Dabei verlieren die Lohnkosten in der Branche immer mehr an Bedeutung.

In der hochautomatisierten Fertigung von TV-Geräten beispielsweise liegt der Anteil der Löhne an den Gesamtkosten nur noch zwischen fünf und zehn Prozent.

Marketing und technische Raffinesse werden statt dessen immer wichtiger. Daran jedoch mangelt es bei den Franzosen. „Wir wollen Profit machen“, kontert Thomson-Generaldirektor Alain Gomez, „und nicht das Blaue Band in der Technologie gewinnen.“

Über die Art und Weise, wie diese Profite am besten zu erzielen sind, gab es in der Thomson-Zentrale jedoch immer wieder so große Meinungsverschiedenheiten, daß selbst wohlmeinende Branchenexperten bei Thomson kein klares Konzept erkennen konnten.

Auch im Marketing beeindruckten die Franzosen vor allem durch ihre Widersprüche. Einerseits sollte die Selbständigkeit der eingekauften deutschen Marken erhalten bleiben, andererseits näherten sich die Fernseher von Saba, Nordmende und Telefunken immer mehr einander an. Die Marktanteile schrumpften zeitweise zur Bedeutungslosigkeit.

Die Managementfehler hatten vor allem die Arbeiter in den Fabriken auszubaden. Von den gut 17 000 Beschäftigten, die im Jahre 1980 bei den fünf von Thomson übernommenen Firmen arbeiteten, sind heute noch etwa 7000 übriggeblieben.

Nach der spektakulären Schließung des Ulmer Videocolor-Bildröhrenwerks im Jahre 1982 war das Personal in den Thomson-Fabriken weitgehend in aller Stille abgebaut worden. Stets wurden Rationalisierungsmaßnahmen bis zum letzten Moment geheimgehalten. Statt Massenentlassungen gab es schleichende Personaleinsparungen. Und nach jeder neuen Personalreduzierung betonten die Thomson-Manager, nun sei die optimale Betriebsgröße erreicht.

Doch obwohl schon drei deutsche Fabriken stillgelegt wurden und sich die Arbeit auf immer weniger Betriebe konzentrierte, schrumpfte die Produktion. Stellten die deutschen Thomson-Ableger

1983 gut 1,5 Millionen TV-Geräte her, so sind es jetzt gerade noch 800 000.

Noch hoffen die Betriebsräte und Manager der deutschen Thomson-Ableger die auch in Paris nicht unumstrittenen Sparpläne stoppen und einen Teil der Produktion vor der Verlagerung nach Fernost retten zu können. Die Argumente der deutschen Thomson-Statthalter sind gewichtig.

Die deutschen Verkaufsmanager haben bewiesen, daß sich die angeblich zu teure deutsche Wertarbeit sehr wohl lukrativ absetzen läßt. Zumindest bei den in Deutschland hergestellten Großbildfernsehern konnten sie in den beiden vergangenen Jahren beachtliche Erfolge erzielen.

Bei den großen Tischgeräten haben die Marken der Thomson-Gruppe inzwi-

ENERGIE

Große Verlockung

Viele Stadtwerke wollen wieder selbst Strom erzeugen und verteilen. Die großen Energieversorgungsunternehmen versuchen, das Streben nach Selbständigkeit abzublocken.

Die Abstimmung im Plenarsaal des Detmolder Rathauses bot ein ungewöhnliches Bild: Einmütig hoben grüne und christdemokratische, liberale und sozialdemokratische Ratsmitglieder die Hand.

Die Abgeordneten stimmten gemeinsam, und das bei der sonst so kontroversen Energiepolitik, für den Ausstieg der



Stadtwerke-Chef Masny: An neuen Energiearten interessiert

schen sogar den führenden Philips-Grundig-Konzern überrundet (siehe Graphik Seite 66).

Daß dieser Aufwärtstrend schnell wieder umkippt, wenn die großen Thomson-Fernseher nicht mehr das immer noch verkaufsfördernde Zeichen „made in Germany“ tragen, davon sind viele Händler fest überzeugt.

Doch die Chancen, den Abbau in letzter Minute zu verhindern, sind schlecht. Diesmal nämlich haben die Franzosen ihren Rückzug gut vorbereitet.

Auf lautstarke Unterstützung etwa durch Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Lothar Späth dürfen die Thomson-Beschäftigten offenbar nicht mehr hoffen. Späth ist seit Wochen in die Thomson-Pläne für Villingen eingeweiht – doch er schweigt. Im März hat er Landtagswahlen zu bestehen.

Stadt Detmold aus dem Versorgungsvertrag mit dem regionalen Elektrizitätswerk Wesertal GmbH. Sie beschlossen den Kauf des Leitungsnetzes und den Ausbau der Detmolder Stadtwerke zu einem selbständigen Stromversorgungsunternehmen.

Doch was da im Dezember 1984 so einvernehmlich begann und auf schnelle Umsetzung hoffen ließ, steckt seitdem fest im regionalen Interessenfilz. Vom Aufkauf des städtischen Stromnetzes sind die Detmolder Stadtwerke ebenso weit entfernt wie von einer eigenen Stromerzeugung.

Das regionale Energieversorgungsunternehmen Wesertal, Eigentümer des Leitungsnetzes, wehrt sich gegen den Kauf mit rechtlichen Einwänden und überhöhten Preisforderungen. Der Kreis Lippe, Miteigentümer der Wesertal, macht politisch mobil gegen das Autono-

mie-Streben der Stadt. Die SPD, Mehrheitsfraktion in Kreis und Stadt, zögert den Konflikt zwischen städtischen und ländlichen Genossen hinaus.

„Wir haben das Recht auf unserer Seite und auch die energiepolitische Vernunft“, klagt ein Manager der Detmolder Stadtwerke, „aber die jahrzehntelange gewachsenen Machtverhältnisse sind gegen uns.“

Mittlerweile warten viele Städte der Nachbarschaft, aber auch anderswo in der Bundesrepublik, gespannt auf das Ergebnis des Detmolder Vorstoßes. Gelingt das Aufbegehren gegen den regionalen Stromversorger, hätte dies Signalwirkung. Die deutsche Stromszene würde sich gründlich wandeln.

Fast sechshundert Stadtwerke haben ihre Stromversorgung über Konzessionsverträge an regional tätige Versorgungsunternehmen übertragen. Wenn die Städte diese Verträge kündigen und wieder selbst die Stromverteilung übernehmen, dann wird manches regionale Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) überflüssig. Wenn dann noch ein Teil dieser Stadtwerke in kleinen dezentralen Anlagen selbst Strom erzeugt, dann werden zusätzliche Großkraftwerke, die ohnehin nur noch unter erheblichen politischen Schwierigkeiten durchzusetzen sind, nicht mehr gebraucht.

Der Detmolder Vorstoß könnte zum Vorbild werden. Demnächst laufen viele Konzessionsverträge ab, die das Stromgeschäft zwischen EVUs und Kommunen regeln.

Ursache: Die Monopolkommission hatte beklagt, daß zwischen den Stromproduzenten zuwenig Wettbewerb herrsche; die EVUs hätten ihre Kunden, die Städte und Gemeinden, mit bis zu 50 Jahren laufenden Konzessionsverträgen an sich gebunden. Daraufhin drang das Bundeskartellamt in Berlin auf neue Gesetze.

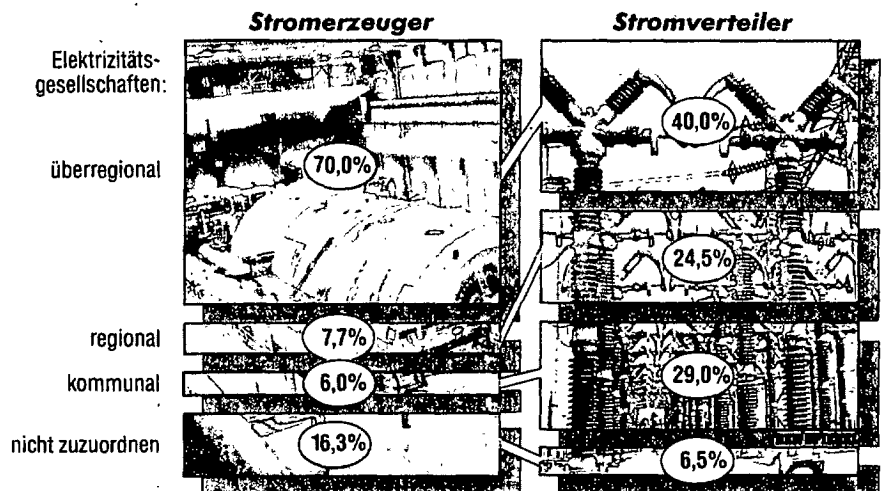
Mit der 4. Kartellrechtsnovelle begrenzte der Bundestag 1980 die Laufzeit von Konzessionsverträgen auf 20 Jahre, selbst für die Ewigkeit abgeschlossene Verträge müssen nun bis Mitte der neunziger Jahre auslaufen. Der Wettbewerb um die Versorgungsgebiete soll belebt werden.

Daß in dieser scheinbar banalen Regelung viel Sprengstoff steckt, wußten zunächst nur diejenigen, die ihr auf alle Ewigkeiten gesichertes Liefermonopol gefährdet sahen: die acht großen überregionalen Stromkonzerne, die rund 70 Prozent der in der Bundesrepublik verbrauchten Elektrizität produzieren; und die 40 regionalen Stromunternehmen, die selbst nur noch acht Prozent des Stroms herstellen, hauptsächlich aber von der Verteilung an die kommunalen Stadtwerke und die Endabnehmer leben (siehe Graphik).

Die betroffenen Groß-Hersteller starteten sofort eine aggressive Vorwärtsverteidigung. Günther Klätte vom Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk,

DIE GROSSEN PRODUZIEREN, DIE KLEINEN VERTEILEN

Stromerzeugung in der Bundesrepublik 1986



dem größten Stromproduzenten der Bundesrepublik, warnte Städte und Gemeinden davor, aus „kommunalem Stolz“ eigene Kraftwerke zu bauen; die „Stromerzeugung in kleinen Einheiten“ sei nur in Ausnahmefällen konkurrenzfähig.

Die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke plädierte gegenüber dem Bonner Wirtschaftsminister für den Verzicht auf Marktwirtschaft. „Eine Öffnung für brancheninternen Wettbewerb“, schrieb der Verband an Bangemann, „ist unvereinbar mit den Erfordernissen einer möglichst sicheren und preiswürdigen sowie umwelt- und ressourcenschonenden Elektrizitätsversorgung.“

Von den Adressaten der Kritik, den Ratsherren in den Städten, wußten nur wenige, worum es eigentlich geht. Seit den zwanziger Jahren hatten immer

mehr Stadtwerke die Stromverteilung und -erzeugung aufgegeben. Die Kosten für Kraftwerke und Leitungsnetze waren ihnen zu hoch. Sie überließen den überregionalen und regionalen Verteilern diese Aufgabe.

Für das Wegerecht – also die Zustimmung, daß die EVUs ihre Versorgungsleitungen durch die Städte führen durften – kassierten die Kommunen jährlich eine ordentliche Konzessionsabgabe.

Erst die Ölpreisschocks der siebziger Jahre und die Diskussion über neue Wege der Energieerzeugung ließen viele Stadtväter und Stadtwerke-Chefs aufwachen. Sie zeigten Interesse an der als energiesparend und umweltfreundlich gerühmten Kraft-Wärme-Koppelung.

Heizkraftwerke, so sprach sich herum, erzeugen Wärme und Strom billiger als die traditionellen Großkraftwerke. Mit solchen Stromfabriken lassen sich, neben der Elektrizitätsherstellung, städtische Einrichtungen wie Krankenhäuser oder Schulen und zusammenhängende Siedlungsgebiete mit Fernwärme versorgen. Doch alle Überlegungen einzelner Kommunalpolitiker endeten beim Blick ins Kleingedruckte der Konzessionsverträge. Dort wird den meisten Kommunen verboten, selbst in die Stromerzeugung einzusteigen. Lediglich 650 Kommunen haben, als sogenannte A-Gemeinden, das Recht, zum Teil auch noch die Möglichkeit, als Stromproduzent tätig zu werden.

Die per Kartellrecht verfügte Laufzeitkürzung der Konzessionsverträge machte die Stadt- und Gemeindeväter wieder beweglicher. Statt gezwungenermaßen weiterzumachen wie bisher, konnten sie nun überlegen,

- ▷ einen anderen Stromlieferanten zu wählen;
- ▷ mit dem bisherigen Versorgungsunternehmen bessere Konditionen auszuhandeln;



Energie-Berater Röhrich
„Die Übernahme rechnet sich“

- ▷ das Leitungsnetz zu kaufen oder
- ▷ selbst mit einem eigenen Kraftwerk die Stromproduktion aufzunehmen.

In Lemgo und Krefeld, in Osnabrück und Wetzlar, Ratingen, Moers, Brühl und in vielen anderen Städten drängten die Stadtparlamente auf Übernahme der Leitungsnetze oder auf Selbstversorgung. Bundesweit wurde der Wunsch sichtbar, die Strompolitik wieder zur städtischen Angelegenheit zu machen.

Der Detmolder Stadtrat entschied sich, den 1990 auslaufenden Konzessionsvertrag nicht zu verlängern und das Leitungsnetz zu kaufen. Für die Stadt, glauben die Detmolder Energieexperten, entstehen dadurch viele Vorteile. So würden die Stadtwerke als neue Netzbetreiber dem Kammerer eine höhere Konzessionsabgabe zahlen als der bisherige Versorger. Profitieren werde der Stadthaushalt auch von der Gewerbesteuer, die das neue Versorgungsunternehmen zu entrichten habe.

Die Stadt könne endlich das realisieren, was seit vielen Jahren immer gefordert werde: eine geplante, umweltfreundliche und energiesparende Versorgungspolitik.

Irgendwann, führen die Stadtwerke als stärkstes Argument an, könne auch für Detmold die Kraft-Wärme-Koppelung attraktiv werden. „Solche Aussichten bleiben für Städte ohne eigene Stromverteilung versperrt“, erläutern die Sachkenner.

Auch die in naher Zukunft wirtschaftliche Eigenerzeugung von Strom und Wärme aus Deponiegas oder aus Biomasse sei nur nutzbar, wenn die Stadt als Leitungsbesitzer die Einspeisung der neuen Energiearten ins Netz zulasse, meint Stadtwerksdirektor Detlef Masny.

„Die Faustregel heißt: Die Übernahme rechnet sich immer“, bestätigt der Bielefelder Wirtschaftsprüfer Kurt Röhrich die Rechnungen der Detmolder.

Röhrich hat sich darauf spezialisiert, Städte bei der Übernahme der Stromversorgung zu beraten. „Die Frage kann höchstens sein“, schränkt der Experte ein, „ab wann sich die Übernahme rechnet.“

Die Rentabilitätsrechnung hängt davon ab, zu welchem Preis eine Stadt die Versorgungsleitungen kaufen kann. Die jetzigen Besitzer möchten sie am liebsten zum Wiederbeschaffungs- oder Neupreis verkaufen. Die Städte möchten nur den Buchwert zahlen, der berücksichtigt, daß die Anlagen zum größten Teil bereits abgeschrieben und über die Strompreise von den Abnehmern schon bezahlt sind.

Trotz des Widerstandes der Regionalverteiler glaubt Wirtschaftsprüfer Röhrich, daß immer mehr Städte die Stromversorgung wieder in eigene Hände nehmen werden: „Die höheren Einnahmen



Fernwärme-Leitungsbau: Die Problembereiche blieben

für den Stadt-Etat sind eine zu große Verlockung.“

Andere Experten, wie Stephan Kohler vom Freiburger Öko-Institut, haben beträchtliche Gewinne errechnet. Demnach sind die Überschüsse eines kommunalen Energieversorgungsunternehmens, die an die Gemeindehaushalte gehen, doppelt so hoch wie die bisher erhaltenen Konzessionsabgaben.

Der Vorwurf der Regionalversorger, die Städte würden sich nun auf Kosten anderer einen profitablen Wirtschaftszweig einverleiben, hält Peter Henricke, Referent im hessischen Wirtschaftsministerium, für absurd. „Die Regionalversorger haben doch Rosinen gepickt und den Kommunen das lukrative Stromgeschäft weggenommen“, stellt der Ökonomieprofessor richtig. „Die teuren Problembereiche Gas, Fernwärme, Abwässer und Nahverkehr hingegen hat man den Städten gern gelassen.“ Die Wiedereingliederung der Stromwirtschaft gebe vielen Stadtwerken die Möglichkeit, endlich aus den roten Zahlen herauszukommen.

Die Erhaltung des erfolgreichen Monopols, das zeigen viele Beispiele, ist den Stromkonzernen eine Menge wert. In Detmold bot die Wesertal der Stadt den Bau eines repräsentativen Gebäudes und eine Teilverlagerung der Verwaltung an. In Bremen und Hannover warb die PreussenElektra mit Strompreisen, die fünf Prozent unter den Eigenerzeugungskosten der Städte liegen – egal, wie niedrig die sein würden.

„Die Pflege einzelner Entscheidungsträger“, so ein Branchenkenner aus dem Rheinland, „nimmt oft schon groteske Formen an.“

Reiseeinladungen, Bewirtungen und die Zusicherung gut dotierter Beirats- und Aufsichtsratsposten, von den Stromwerken schon immer zur Pflege der politischen Landschaft eingesetzt, werden gegenwärtig verstärkt ausgeteilt.

Das ist verständlich. Große Versorgungsgebiete zu verlieren können sich die Stromkonzerne nicht erlauben. Sie sitzen alle auf Überkapazitäten, viele bundesdeutsche Kernkraftwerke laufen nicht mit voller Leistung, weil der Strom nicht abzusetzen ist.

In Gundremmingen etwa mußten während des Jahres 1986 beide Kraftwerksblöcke an den Wochenenden,

auch im Winter, auf 60 Prozent der Nennleistung zurückgefahren werden. Eine höhere Stromnachfrage war nicht vorhanden. Das 1200-Megawatt-Kraftwerk Biblis A wurde mehrmals unter 800 Megawatt Leistung heruntergefahren.

Die Hoffnung der kernkraftorientierten Stromfabrikanten ist, ihren Strom für Elektroheizungen verkaufen zu können, um die überschüssige Elektrizität loszuwerden. Fallen aber demnächst einige hundert Städte und Gemeinden als Stromabnehmer aus, weil lokale Stadtwerke selbst Strom und Wärme produzieren, kommen die Männer vom Strom in Bedrängnis. Nicht ausgelastete Kraftwerke kosten Geld.

Auch die Versuche der Wesertal GmbH, die Stadt Detmold von der Kündigung des Versorgungsvertrages abzubringen, haben mit Stromüberschüssen zu tun. Wesertal besitzt ein Sechstel des Kernkraftwerks Grohnde, das seine rund um die Uhr bereitgestellte Grundlast nur unter Schwierigkeiten absetzen kann; in Grohnde muß die Kraftwerksleistung oft gedrosselt werden.

Würde Detmold, wie Stadtwerksdirektor Detlef Masny ankündigte, in einigen Jahren in die Kraft-Wärme-Koppelung investieren und so Strom und Fernwärme für den eigenen Bedarf produzieren, wären die Absatzchancen der Wesertal doppelt verbaut: Die Stadt bezöge weniger Strom vom Lieferanten Wesertal, und die neuen Fernheizungsnetze würden Wesertals Hoffnung, eines Tages

doch noch mit dem Überschuß-Strom in den Wärmemarkt eindringen zu können, endgültig zunichte machen.

Die Zahl der ausstiegswilligen Kommunen wird in den nächsten Jahren eher noch ansteigen. Viele Strommanager versuchen daher, schon jetzt neue Versorgungsverträge abzuschließen, selbst wenn die alten Verträge bis 1995 laufen. Dabei wird mit allerlei gelockt. Regionalversorger offerieren den Stadtwerken, die ein Netz aufkaufen wollen, häufig eine Unternehmensbeteiligung. Diese hilfreiche Geste erleichtert den Netzkäufer, weil der Regionalversorger Kapital mitbringt. Derlei Hilfsbereitschaft zeigen beispielsweise derzeit die Renag gegenüber der Stadt Wetzlar und die Isar-Amperwerke gegenüber Ingolstadt.

Doch der Edelmut hat einen Haken: Hält der stromliefernde Regionalversorger erst einmal Anteile der Stadtwerke, ist der nächste Schritt in die energiepolitische Autonomie verbaut. Einer Stromerzeugung durch die Stadtwerke, also einer Konkurrenz für die Mutterfirma, wird der neue Partner niemals zustimmen.

In Detmold herrscht derzeit Zufriedenheit. Wenn das Ergebnis eines Schlichtungsverfahrens von beiden Seiten angenommen wird und der Schlichter einen akzeptablen Preis nennt, kann die neue energiepolitische Freiheit zwar nicht 1990, aber immerhin 1995 beginnen. Die Stadtwerke werden dann wieder selbständiger Stromverteiler.

LEHRER

Nur Wehklagen

Der Markt für Pädagogik-Zeitschriften ist zusammengebrochen: Die Lehrer sind der endlosen Theorie-debatte überdrüssig.

Die Studienassessorin Inge Beckermann, 30, hielt es für einen Irrtum der Post: Im Briefkasten lag ein buntes Magazin mit Ökosprüchen und einer Mäwe im Sturzflug auf dem Cover. Schlagzeile: „Wandern im Watt“.

Erst nach längerem Herumblättern wurde der Spaichinger Junglehrerin klar, daß sich ihr Pädagogen-Blatt „betrifft: erziehung“ („b:e“) zeitgeistmäßig verpuppt hatte. Wo bisher nur von Didaktik und Curriculum die Rede war, fanden sich plötzlich Abenteuerreportagen aus aller Welt. Chefredakteur Peter Kalb: „Wir wollen Farbe in den grauen Schulalltag bringen.“

Doch mit der Wattwanderei, einer Verzweiflungstat der um Leser kämpfenden „b:e“-Redaktion, trat das Lehrerbblatt im Mai 1986 seine letzte Reise an. 1968 gegründet, erreichte „b:e“ 1974 eine Spitzenaufgabe von 47 335 Stück, 1987 waren es nur knapp 6000. Und am Jahresende mußte das zuletzt noch in

„Pädagogik heute“ umgetaufte Magazin sein Erscheinen einstellen.

Zeitgleich warf auch die komplette Konkurrenz das Handtuch. Die „Pädagogischen Beiträge“ waren in zehn Jahren von 12 000 auf 6000 geschrumpft, die „Demokratische Erziehung“ von 8000 auf 4000 und „päd.extra“ gar von 16 000 auf 3800 Exemplare. „Wenn ich mir unsere letzte Auflage so ansehe“, sinnierte Extra-Verlagsgeschäftsführer Georg Beck, „dann wird mir schlecht.“

Den Lesern muß es wohl schon vorher so ergangen sein. Ganze Lehrerkollegien kündigten innerhalb weniger Monate ihre Abos. Und Beck kann sie verstehen: „In diesen Blättern steht seit zehn Jahren immer dasselbe drin.“

„Damals in den siebziger Jahren“, erinnert sich Rita Teske, Ex-Redakteu-

Die Lehrer der späten achtziger Jahre sind vielmehr mit ihren alltäglichen Unterrichtsproblemen beschäftigt. „Die wollen praktische Hilfestellung“, glaubt Dieter Wunder, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, „theoretisch Hintergründiges lesen die Kollegen dagegen viel zu wenig.“

Mit schlichten Tips für den Schulalltag soll denn auch die aussterbende Spezies Lehrerzeitung zu guter Letzt gerettet werden. Am Jahresbeginn fusionierten die vier einst großen Blätter zu zwei kleinen Blättchen – einziger Unterschied: die politische Couleur.

Im Weinheimer Beltz-Verlag erschien bereits das erste Heft der sozialliberalen „Pädagogik“, Nachfolgeorgan von „Pädagogik heute“ und den „Pädagogischen



„Pädagogik“-Redakteurin Rita Teske: „Durchhalteparolen ausgegeben“

rin der „Pädagogischen Beiträge“, „war das so eine allgemeine Zeitströmung. Da interessierten sich fast alle für pädagogische Theorien, und unsere Autoren konnten den größten Quatsch schreiben, ohne daß dies der Auflage schadete.“

Die Gelegenheit wurde genutzt. Die Hefte waren übertoll mit trockenen Elaboraten über „Generalrevision der Lehrpläne“ oder „Gruppendynamik in der Lehrerbildung“. Weder der „Deutschunterricht als auf Praxis zielende Praxis“ noch tief sinnige Analysen der „Bewußtseinsveränderung bei Junglehrern“ konnten die Leser verprellen.

Die Junglehrer waren es, die den Boom der pädagogischen Zeitschriften ermöglichten. Zwischen 1970 und 1975 zogen etwa 200 000 neue Lehrer in die Schulen. „Diese Leute“, meint Beck, „die frisch von der Uni kommen und nach Orientierung suchen, die gibt's doch heute gar nicht.“

Beiträgen“. Der DKP-nahe Pahl-Rugenstein Verlag in Köln will Ende Januar die erste gemeinsame Ausgabe von „Demokratische Erziehung“ und „päd.extra“ auf den Markt bringen – eine überraschende Fusion: Die grün-alternativen „päd.extra“-Redakteure ließen sie „nur mit Wehklagen“ (Kalb) über sich ergehen.

Die Themen der beiden neuen Magazine sind ansonsten austauschbar: Unterrichtseinheiten, Friedenserziehung, Alternativschulen, Lehrernöte und aktuelle standespolitische Forderungen.

Daß mit diesem Programm ein neuer Markt zu erschließen ist, bezweifelt selbst Rita Teske, jetzt Textchefin bei „Pädagogik“. „Wir haben Durchhalteparolen ausgegeben und setzen auf Radikalpädagogik. Wenn dann Anfang der neunziger Jahre wieder Lehrer eingestellt werden, dann rollt die neue Welle – und auf der schwimmen wir hoch.“ ♦